SoZ Sozialistische Zeitung

Nr. 5 · 19. Jg. · Mai 2004 · 3 Euro · www.soz-plus.de

weniger ist mehr

■ **DAS GESPRÄCH**
Barbara Agnoli über ihren Rechtsstreit mit dem ça ira-Verlag **S. 5**

INNEN
Sozialkahlschlag und Alternativen **S. 3**
Bilanz 3. 4. **S. 6**
Arbeitszeitdebatte **S. 7/8**
Emissionshandel **S. 9**
Studiengebühren **S. 9**
Berliner Bankenskandal **S. 10**

INTERNATIONALES
Widerstand im Irak **S. 11/12**
Israel: Interview mit Michel Warschawski **S. 12**
Argentinien: Bilanz & Reportage **S. 13/14**
Dutroux-Prozess **S. 15**
Migration in Europa **S. 16**
Serie: LCR **S. 17**

DEBATTE
PDS- und DKP-Programme zur EU-Wahl **S. 17**
IASG, K. H. Roth, Wahlalternative **S. 18/19**

KULTUR
Nelkenrevolution 1974 **S. 20**
Bücher, Film, CD **S. 21/22**
»Alles Ständische und Stehende verdampft…« **S. 24**

Seit dem abgebrochenen Metallerstreik für die 35-Stunden-Woche in den östlichen Bundesländern gibt es eine fast beispiellose Offensive der Unternehmer zur Verlängerung des Arbeitstags. Fakten haben aber vor allem Politiker geschaffen. Sie haben in mehreren Bundesländern die gesetzliche Arbeitszeit für Beamte verlängert. Ver. di rechnet mit allein 100 000 Arbeitsplätzen, die dadurch verloren gehen.

Völlig zu Recht weist der Ver. di-Vorsitzende Frank Bsirske darauf hin, dass die gesetzliche Regelung für Beamte nur das Einfallstor für die Verlängerung der Arbeitszeit in allen Bereichen und über den öffentlichen Dienst hinaus für die Wirtschaft sein sollte. Und die EU hat eine Arbeitszeitverordnung erarbeitet, die die Höchstarbeitszeit pro Woche auf 48 Stunden festlegt.

Der Arbeitsplatzabbau im Dienstleistungsbereich läuft vor allem wegen Rationalisierung und Produktivitätssteigerung auf Hochtouren. Banken und Versicherungen, Handel und Telekommunikation bauen massiv ab. Die Politik der leeren Kassen und der Ausverkauf öffentlicher Aufgaben bereiten den Boden für noch mehr Arbeitsplatzplatzabbau. Pünktlich zum Beitritt zehn neuer Länder zur EU an diesem 1. Mai droht Siemens, 10 000 Arbeitsplätze nach Osteuropa zu verlagern. Die Unternehmen begreifen die Welt nur noch als globale Sonderwirtschaftszone, Löhne und erträgliche Arbeitszeiten gelten als »Wettbewerbshindernis«.

Dies alles übt massiven Druck aus, lieber längeren Arbeitszeiten zuzustimmen, als entlassen zu werden. Damit steigt nur die Arbeitslosigkeit und für die geleistete Arbeit gibt es weniger Geld. Lösungswege sind in der entgegengesetzten Richtung zu suchen, und sie sind auch nur im europäischen Maßstab möglich:

■ **30 Stunden pro Woche europaweit für alle ohne Lohneinbuße, mit einem gesetzlichen Mindestlohn und einer Absicherung gegen Erwerbslosigkeit, von der man leben kann – das kann Erwerbslosigkeit wirksam abbauen.**

■ **Kein Zurück zu längeren Arbeitszeiten! Weniger ist mehr!**

Der 1. Mai ist vor über 100 Jahren als internationaler Kampftag zur Durchsetzung des 8-Stunden-Tags entstanden. Er sollte heute für alle Gewerkschaften Anlass sein, die Arbeitszeitverkürzung erneut auf ihre Fahnen zu schreiben.

Siehe Seite 7 und 8

Neu erschienen!